

getragen von der ‚freien Intelligenz‘ der Neuzeit, deren Typus der Publizist ist, hat nicht verhindern können, daß, im ganzen betrachtet, der Geist in der Neuzeit die Unterwerfung unter die Gesichtspunkte der Utilität vollzogen hat, die in der Herrschaft der Naturwissenschaften über die Philosophie ihren sichtbarsten Ausdruck findet. Diese Wissenschaften, außerhalb der Universität entstanden und mit der Macht des Staates, der Technik und des Geldes aufs engste verbündet, haben die Wissenschaft überhaupt zur Dienerin der sozialen Mächte gemacht. Auch die von Humboldt durch die Berliner Gründung der modernen Universität aufgeprägte Verpflichtung gegenüber dem Ideal der ‚reinen Wissenschaft‘ hat es höchstens zur Kulturkritik gebracht (Dilthey, Burckhardt, M. Weber), aber nicht mehr zu gestaltender Kraft. Wissenschaft ist zu einem unter anderen Berufen im heutigen Sinne dieses Wortes geworden, d. h. zur nachweislich nützlichen sozialen Leistung, in der Bedienung des wissenschaftlichen Apparates, der seinerseits zum Gebrauch der Gesellschaft unterhalten wird.

Der soziale „Stellenwert“ der Akademiker

Entsprechend dieser Funktion hat sich die soziale Geltung der Akademikerschaft gewandelt, ist ihr ‚Stellenwert‘ in der sozialen Hierarchie gesunken. Es ist wichtig, zu erkennen, daß dieser ‚Stellenwert‘ immer durch die Nähe zur entscheidenden Macht in der Gesellschaft bestimmt wird, in der Monarchie durch die Nähe zum Herrscher, in einer Theokratie durch die Nähe zu Gott, in der Technokratie durch die Nähe zum Industrieführer, im totalen Staat durch die Nähe zur Partei. Je anonym die gesellschaftlich entscheidende Macht wird, um so mehr sinkt der Stellenwert des Akademikers, ja der Persönlichkeit überhaupt. Im anonymen Kollektiv zählt nur noch die berechenbare Leistung, der Roboter. Alles andere ist gleichgewalzt.

Freiheit durch Armut?

Besteht nun eine Hoffnung, daß die Akademiker wieder Philosophen und die Philosophen wieder Führer werden? Auch heute gibt es Anzeichen dafür, daß die Intelligenz wieder ihre Verantwortung für den Weltlauf erkennt, wie Dempf es von der Philosophie in den Zeiten der Krise gesagt hat. Symptome dafür zeigen sich in der Wende zum Naturrecht, in der Dichtung, in der Physik, in der ‚Hoch-Intelligenz‘ überhaupt. Am Akademikerstand wird es nun liegen, diesem Weg der ‚Hoch-Intelligenz‘ teilnehmend zu folgen und ihren Erkenntnissen zum Durchbruch in die Breite zu helfen. Wenn der Akademiker erkennt, daß seine Verarmung und die soziale Einebnung nichts anderes ist als das Resultat eines von den Geistigen verschuldeten Verrates des Geistes an die Mächte und einer daraus entstandenen ungerechten sozialen Ordnung, dann kann er gerade in der Armut frei werden für den ethischen Impuls zu neuem Ringen um die Herrschaft des Geistes.

Der Weg der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Auf der Tagung der Gruppe Südwest des Bundes katholischer Unternehmer in Freiburg am 11. März 1951 hielt Professor P. Hans Hirschmann SJ, Frankfurt a. M., ein

vielbeachtetes Referat über den Einfluß der christlichen Sozialbewegung auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Wir geben im folgenden die wichtigsten Gedankengänge dieses Referates wieder.

Wo steht die Macht der Gewerkschaften heute?

Der Ausgang des Kampfes um die Regelung des Mitbestimmungsrechtes in der Kohle und Eisen schaffenden Industrie war ein Sieg der Gewerkschaftsbewegung. Aber der Schein der Machtverhältnisse trügt. Der Sieg war unter Einsatz von wenigstens als fraglich zu bezeichnenden Kampfmitteln erreicht worden. Stellt die Regelung des Mitbestimmungsrechtes selbst schon zweifellos weltanschauliche Fragen, so auch die Frage nach Sinn und Grenze des Streikrechtes, die Frage nach dem Verhältnis der politischen Demokratie zu dem, was man unter dem Namen der wirtschaftlichen Demokratie heute vielfach versteht und erstrebt. Es ist die Frage gestellt worden, ob nicht auch bei uns in Deutschland die Macht der Gewerkschaften jene gefährliche Grenze erreicht habe, auf die Pius XII. in seiner Ansprache an die Mitglieder der christlichen Arbeitervereine Italiens am 11. 3. 1945 hingewiesen hatte: „Was die Demokratisierung der Wirtschaft angeht, so ist sie nicht weniger von den Monopolen, d. h. von dem wirtschaftlichen Despotismus einer Anhäufung privaten Kapitals bedroht als von der überwiegenden Macht organisierter Massen, die bereit sind, ihren Einfluß zum Schaden der Gerechtigkeit und der Rechte anderer zu gebrauchen.“ Diese Entwicklung kann den Christen nicht gleichgültig sein. Wie steht es um den Einfluß der christlichen Soziallehre auf die heutige deutsche Gewerkschaftsbewegung?

Die christliche Soziallehre und die deutsche Sozialpolitik vor 1933

Dieser Einfluß war vor 1933 bedeutend: bedeutender, als es dem Zahlenverhältnis der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Kräfte zu denen der freien Gewerkschaften entsprach. Das Geheimnis dieses Erfolges lag im Zusammenwirken mehrerer günstiger Faktoren. Zunächst verfügte die soziale Bewegung der katholischen Christen über eine im Grundsätzlichen und Tatsächlichen ausgezeichnete durchgearbeitete soziale Theorie. Eine Reihe hervorragender Priester und Laien wirkten in ihrer einheitlichen Entfaltung zusammen. Diese Theorie zeigte eine eindrucksvolle Geschlossenheit und Eigenständigkeit, in der sie sich klar gegen Liberalismus und Sozialismus abhob. Zwar zeigten sich gegen Ende der vornationalsozialistischen Zeit gelegentliche Beeinträchtigungen dieser Geschlossenheit — aber der Einfluß des Spannischen Universalismus, des Wiener christlichen Sozialismus und eines gewissen, ebenfalls von Österreich inspirierten Konservatismus kam gegen die Hauptlinie kaum zu nennenswerter Geltung.

Die Übersetzung dieser Theorie in das Bewußtsein breiter Schichten war durch ein gut durchgearbeitetes soziales Bildungswesen gewährleistet. In zahlreichen Kursen und in einem vorzüglichen Schrifttum hat hier vor allem der Volksverein für das katholische Deutschland einen großen Stab von Priestern und Laien für den Einsatz in allen Formen sozialpolitischer Arbeit geschult. Diese Arbeit wurde wirksam unterstützt durch die katholischen Standesorganisationen. Zeigte auch das Verhältnis dieser Organisationen zu den christlichen Gewerkschaften

eine Zeitlang eine verhängnisvolle Uneinheitlichkeit, so wurde diese doch in den zwanziger Jahren überwunden. Standesorganisationen und christliche Gewerkschaften arbeiteten gut zusammen.

Schließlich stellte die politische Macht der Zentrums- partei eine breite Möglichkeit dar, dem sozialpolitischen Willen all dieser Kräfte zum Zuge zu verhelfen. Gewiß gab es auch hier einen rechten und linken Flügel. Aber beide Flügel standen sich im Grundsätzlichen doch wohl näher als heute etwa die Flügel der CDU.

Im Zusammenwirken dieser Faktoren hatte die christliche Gewerkschaftsbewegung einen Einfluß auf die gesamte Entwicklung der deutschen Sozialpolitik, und im Zusammenhang damit auch auf den Weg der gesamten deutschen Gewerkschaftsarbeit, für den die Christen nicht dankbar genug sein können.

Die Einheitsgewerkschaft

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ging nach 1945 andere Wege. Mehrere Gründe führten zum Verzicht auf die Richtungsgewerkschaften und zur Einheitsgewerkschaft. An erster Stelle wohl der in der Widerstandsbewegung unter Politikern und Gewerkschaftlern gewachsene Wille, nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus durch Vermeidung jeder nicht unbedingt nötigen Aufsplitterung und durch größere Einheit in der Organisation des deutschen Volkes seine Wiederkehr zu unterbinden. Zugleich wohl der Wunsch, bei dem zu erwartenden antitotalitären Pendelschlag in Richtung auf einen neuen Liberalismus dem sich nicht in Richtungsorganisationen aufspaltenden Unternehmertum geschlossener gegenüberzustehen. Wohl auch das Bestreben, durch Zusammenarbeiten mit Sozialisten zu verhüten, daß diese wieder weiter in den alten Marxismus zurückfielen und in seiner Gefolgschaft in ein totalitäres Denken. Leugnen läßt sich auch nicht, daß in weitesten Kreisen der Arbeitnehmer nur geringe Lust bestand, zu Richtungsgewerkschaften zurückzukehren, und daß die Besatzungsmächte die Einheitsgewerkschaften begünstigten. Haben sie sich bewährt?

Niemand wird leugnen können, daß in den schwierigen Jahren der Nachkriegszeit die Gewerkschaften ein hohes Maß von Verantwortungswillen zeigten und Wesentliches zum wirtschaftlichen Wiederaufbau beitrugen. Er wird ebensowenig an der Tatsache vorbeikommen, daß die Gewerkschaften einer Radikalisierung der notleidenden Massen in Richtung auf den Kommunismus erfolgreich entgegenarbeiteten. Ein Blick in ihr Schrifttum wird ihn überzeugen, daß — von gelegentlichen Entgleisungen abgesehen, die die Führung selbst bekämpfte — jene häufigen Ausfälle gegen Religion und Kirche, denen man früher im Schrifttum der freien Gewerkschaften begegnete, verschwunden sind und damit die antiklerikale Verhetzung in Gewerkschaftskreisen aufhörte. Ein Blick in dasselbe Schrifttum zeigt auch, daß heute soziales Gedankengut der Kirche auf diesem Wege viele erreicht, die früher niemals etwas davon erfuhren. Schließlich wird man zugeben müssen, daß die Führung des DGB ihren Willen zur weltanschaulichen Neutralität oft unter Beweis gestellt hat.

Rückgang des christlichen Einflusses in der Einheitsgewerkschaft

Trotzdem wird man den Eindruck nicht los, daß der Einfluß des christlichen sozialen Gedankengutes auf die Ge-

werkschaftsbewegung immer mehr zurückgeht. Woran liegt das?

Ein Grund liegt zweifellos in dem geringen Mitmachen der christlichen Arbeitnehmer in den Gewerkschaften. Das hat seinen Anlaß teilweise in bedauerlicher Interesselosigkeit, teilweise in einem grundsätzlichen oder tatsächlichen Mißtrauen gegenüber neutralen Einheitsgewerkschaften, teilweise wohl auch in Benachteiligungen, über die christliche Gewerkschaftler seitens sozialistischer Gewerkschaftler, die in der Mehrheit sind, klagen. Ein zweiter Grund liegt zweifellos in der stärkeren Isolierung der christlichen Arbeitnehmer in der Einheitsgewerkschaft. Gerade das Zusammenstehen in den christlichen Gewerkschaften ermöglichte eine einheitliche, vom christlichen Gedanken getragene Meinungs- und Willensbildung, das entsprechende Schrifttum und Kurse ermöglichten ihre Verbreitung in Gewerkschaftskreisen, die Macht ihrer Zentralen auch das Wirksamwerden dieses Willens in der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Hinzu kommt, daß Einheitsgewerkschaften gerade um ihrer weltanschaulichen Neutralität willen nicht geeignet sind, sich auch für die spezifisch christlichen Anliegen einer christlichen Gewerkschaftsbewegung einzusetzen. Für deren Durchsetzung sind die Christen nun auf andere Formen der Einflußnahme als die gewerkschaftliche angewiesen. Damit hängt zusammen, daß die klare Kenntnis der christlichen Soziallehre in ihrer Anwendung auf die konkreten Fragen der Gewerkschaftspolitik in den christlichen Gewerkschaftlern innerhalb der Einheitsgewerkschaften selbst gefährdet ist. Die Institutionen, denen die alten Gewerkschaftler diese Kenntnisse verdanken, existieren zum großen Teil nicht mehr oder wenigstens nicht mehr in der alten Wirksamkeit. Wissen sie in jenen Fragen, die früher christliche und freie Gewerkschaftler grundsätzlich unterschieden, auch noch Bescheid, so ist das nicht mehr so selbstverständlich hinsichtlich der Weiterentwicklung der kirchlichen Soziallehre oder ihrer Anwendung auf neue Fragen. Noch schwieriger ist die Lage, in der sich hier die christliche Jugend in den Gewerkschaften befindet. Schließlich ist ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Christen durch das gewerkschaftliche Schrifttum heute gezwungen, sich mit sozialistischem Denken und Wollen, das sie oft nicht einmal als solches erkennen, auseinanderzusetzen, ohne für diese Auseinandersetzung hinreichend gerüstet zu sein. So besteht die Gefahr einer starken Infiltration sozialistischen Gedankengutes.

Gibt es einen Ausgleich?

Man könnte nun der Auffassung sein, diese mit der Tatsache der Einheitsgewerkschaften gegebenen Mängel ließen sich ausgleichen durch andere Kräfte, in denen der christlich-soziale Wille seine Verwirklichung anstrebt. So ließe sich dann ein voller Ausgleich für den Wegfall der christlichen Gewerkschaften schaffen. Aber dieser Ausgleich ist heute nicht vorhanden. Die christlichsoziale Theorie verfügt in Deutschland heute weder über eine so große Zahl anerkannter Vertreter wie vor 1933 noch über jene Einheit, die damals unserer sozialen Bewegung soviel Gewicht gab. Die Abgrenzung gegenüber Liberalismus und Sozialismus hat an Deutlichkeit verloren. Die Verbindung der konkreten Sozialarbeit mit den Richtlinien des kirchlichen Lehramtes stand in den letzten Jahren nicht immer eindeutig klar. Man bemüht sich von mehreren Seiten aus, über kritische Punkte dieser Ent-

wicklung hinwegzukommen. Das Fehlen einer Einrichtung, die nach Art des früheren Volksvereins die soziale Bildungsarbeit koordiniert, ist oft bedauert worden. Ein Wiederaufleben des Volksvereins in der alten Form kommt nicht in Frage. Dafür haben sich die Voraussetzungen seiner Wirksamkeit zu sehr gewandelt; die Sozialarbeit in den Bistümern, in den Verbänden, neue soziale Institute verlangen eine neue Form der Zusammenarbeit; sie bereitet sich vor, aber dieser Prozeß läßt sich nicht mit Gewalt abkürzen.

Die Standesorganisationen leiden selbst noch unter Wiederaufbauschwierigkeiten. Weder zahlenmäßig noch kräftemäßig reichen sie für die ihnen gesetzten Aufgaben aus. Die dornige Frage ihres Zusammenbestehens mit anderen Organisationen in den Diözesen ist noch ebensowenig befriedigend gelöst wie die nach dem Weg der Überwindung weitgehender Organisationsmüdigkeit. So können sie noch keinen Ausgleich für den Einfluß schaffen, der mit dem Wegfall der christlichen Gewerkschaften verloren ging. Ähnliches gilt von den Sozialausschüssen der CDU: die Sozialpolitik einer Partei mit einer gegenüber dem alten Zentrum wesentlich erweiterten Wählerbasis muß mehr Spannungen vertragen als dieses.

Wiederaufbau der christlichen Gewerkschaften?

Man versteht, daß viele fragen: Warum denn überhaupt nach einem Ausgleich der christlichen Gewerkschaften suchen? Warum sie selbst nicht wiederaufleben lassen? Aber das ist so einfach nicht, nachdem der Weg der Einheitsgewerkschaften beschritten wurde, nachdem über die Opportunität des andern Weges breite christliche Kreise wenigstens starke Zweifel haben und die Frage der Führung wie der Finanzierung ernsteste Bedenken aufwirft. Wer möchte hier die Gewißheit geben, daß eine neuerliche Aufspaltung unter allen Umständen den christlichen Einfluß auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung steigern müßte?

Gefahren gewerkschaftlicher Fehlentwicklungen

Und dennoch dürfen wir nicht untätig die Entwicklung treiben lassen. Dies um so weniger, weil die Gewerkschaftsbewegung heute in der Gefahr andersgearteter Fehlentwicklungen steht, die früher so stark selbst bei den freien Gewerkschaften nicht gegeben waren. Hier besteht zunächst die Gefahr, daß die Gewerkschaften den Bereich ihrer Zuständigkeit überschreiten und unmittelbar politische Hoheitsaufgaben mitübernehmen wollen; die Gefahr, daß sie die Unterscheidung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Gegebenheiten verwischen; die Gefahr, daß sie bei starker Betonung überbetrieblicher Zielsetzungen in eine gefährliche Spannung zu den Belegschaften und den Belegschaftsvertretungen kommen, aus der der Kommunismus im Betrieb Nutzen zieht; die Gefahr, daß ihre Wirtschaftspolitik einseitig zu Gunsten der Großbetriebe, zu Ungunsten der kleinen und mittleren Betriebe geht; die Gefahr, daß sie auf die Anliegen einer gesunden Familienpolitik nicht hinreichend achten; die Gefahr endlich der Verapparatisierung und Verbürokratisierung, die sie — wie früher das Kapital — in steigendem Maß dazu zwingt, nun auch bei der organisierten Arbeitskraft ein Managertum aufzubauen, dessen innere Beziehung zu den Anliegen der Arbeiter ähnlich problematisch werden kann wie die mancher Unter-

nehmer zu den Eigentümern, mit deren Kapital sie wirtschaften. Alles Fragen, die für den Erfolg einer christlich sozialen Bewegung von entscheidender Bedeutung sind.

Was läßt sich tun?

Was läßt sich tun? Wäre nicht im Rahmen der Einheitsgewerkschaften eine größere Fühlungnahme der christlichen Kräfte nach Art der österreichischen Verhältnisse oder der früheren italienischen Einheitsgewerkschaften möglich? Ließe sich nicht im Ausbau einer sozialen Bewegung vom Betrieb aus nach Art der Werkgemeinschaften (Betriebsmännerwerke, Betriebsgemeinschaften, CAJ-Aktivs) eine Kraft schaffen, die die Bemühungen christlicher Gewerkschaftler in den Einheitsgewerkschaften unterstützt? Würde nicht die Organisation einer Selbstvertretung der Familien nach Art der westeuropäischen Familienverbände gewisse Gefahren mildern? Diese Vorschläge bedeuten keine Unterschätzung der Dringlichkeit jener Aufgaben, die sich aus dem oben Ausgeführten vor allem nahelegen: der Bemühung um die Wiederherstellung einer klaren, den heutigen Aufgaben gewachsenen Theorie und eines entsprechenden sozialen Programms; um die Koordination und Kooperation unseres sozialen Bildungswesens innerhalb der Kirche, um den zeitentsprechenden Ausbau (und gelegentlich wohl auch Umbau) der Standesorganisationen und die Bemühung um ihre Zusammenarbeit untereinander und mit den lebensfähigen Diözesaneinrichtungen. Wir werden wohl noch Jahre zu schaffen haben, bis wir hier wieder zu jener Leistungsfähigkeit der christlichen sozialen Bewegung auch im gewerkschaftlichen Raum kommen, die einmal ein Grund berechtigter Freude war.

Was tut die Bundesrepublik für den Jugendschutz?

Mangelnder Eifer der Bundesorgane für den Jugendschutz

Man kann den Organen der Bundesrepublik in Bonn im allgemeinen nicht den Vorwurf machen, daß sie keinen Mut zur Initiative bei der Einbringung, Beratung und Verabschiedung neuer Gesetze bewiesen. Gesetzesmaterien politischen, wirtschaftlichen oder auch sozialen Inhaltes finden sowohl bei den Regierungsparteien als auch bei der Opposition ein reges Interesse und werden oft mit bemerkenswertem Eifer und mit erstaunlichem Elan durchgepeitscht.

Nur in einer Hinsicht ist bisher eine betrübliche Lücke festzustellen.

Nach dem Bonner Grundgesetz untersteht die Jugendpflege den Ländern; die Jugendfürsorge dagegen obliegt dem Bund. Und hier fehlt es weithin an dem entsprechenden Eifer der Verantwortlichen.

Der viel umkämpfte Jugendplan 1950 soll auf Bundesebene die nötigen Mittel für eine erweiterte Ausbildungsmöglichkeit jugendlicher zur Verfügung stellen. So begrüßenswert dieser Plan ist, dessen Wirksamkeit freilich bei weitem nicht den Erwartungen entspricht, die durch die in Zeitungsmeldungen genannten, zur Verfügung stehenden Summen erweckt worden sind, muß doch festgestellt werden, daß die Initiative der Bundesorgane vor